

III. Forschungsfelder

1. Geld und Finanzmärkte

DIE UNVERFÜGBARKEIT DES GELDES UND DIE ROLLE DER ZENTRALBANKEN

Axel T. Paul

Zusammenfassung: In Auseinandersetzung mit den nur scheinbar antiquierten Geldreformideen von Silvio Gesell und Friedrich August v. Hayek wird die für moderne Marktgesellschaften konstitutive Funktion des Geldes herausgearbeitet und zur Aufgabe von Zentralbanken in Beziehung gesetzt. In den *Abschnitten II* und *V* werden die wirtschaftlichen Probleme und soziologischen Implikationen der Freigeldlehre Gesells diskutiert, in den *Abschnitten III* und *IV* die des Hayek'schen Vorschlags, das Geld zu entnationalisieren. In *Abschnitt VI* werden die wesentlichen Ergebnisse resümiert und Hauptaufgaben heutiger Geld- als Gesellschaftspolitik umrissen.

I. Einleitung

Geld regiert die Welt. Wer hätte diesen Satz nicht schon einmal gehört oder gesprochen und mit der Hoffnung verbunden, es möge anders sein. Das Geld zu reformieren, gilt gemeinhin als Ansinnen politischer und ökonomischer Sektierer, mit ihm zum Wohle des Ganzen zu experimentieren, als durch die historische Erfahrung widerlegt. Geld ist uns als Geldnutzern ebenso wie der Mehrzahl der Experten etwas allzu Selbstverständliches und Unverzichtbares, als dass es sich theoretisch oder gar praktisch in Frage stellen ließe.

Gleichwohl haben die Krisen des Finanzsystems immer wieder zu Reformvorschlägen denkbar unterschiedlicher Provenienz geführt. Wirtschaftstheoretisch liberale auf der einen, heterodoxe Ökonomen und alternativwirtschaftliche Praktiker auf der anderen Seite traten und treten mit Konzepten hervor, die nicht nur auf den Umbau des finanzinstitutionellen und währungspolitischen Rahmens unserer Ökonomie, sondern auf eine weitaus radikalere Reform der Institution des Geldes selbst abzielen (Selgin und White 1994; Blanc 1998a; Lietaer 1999; Seyfang 2000; Kennedy und Lietaer 2004). Erstrebt wird zum einen die endliche oder wenigstens bessere Umsetzung marktwirtschaftlicher Ideale, zum anderen der Schutz oder die Förderung der von den Zwängen des Marktes bedrohten ökonomischen Autonomie beziehungsweise, mit Braudel (1986; Wallerstein 1995: 242-260) gesprochen, der Schutz der Marktwirt-

schaft vor den Zwängen des Kapitalismus. Hier wie dort indes geht es um die (Wieder-)Herstellung „echter Tauschfreiheit“.

Wie ich in diesem Beitrag zeigen möchte, haben die Geldreformer zwar ein Gespür für die in der Tat zentrale Rolle, welche das Geld für die moderne Marktwirtschaft spielt. Doch ihre Hoffnungen, das Geld technisch oder institutionell auf den Status eines bloßen Mittlers herabzudrücken und damit zu dem zu machen, was es der herkömmlichen theoretischen Lesart zufolge ohnehin bereits ist, sind verfehlt, nicht nur insofern das Geld den Markttausch nicht nur erleichtert und als „falscher Eigenwert“ allenfalls stört, sondern weil es die Marktwirtschaft einschließlich ihres zivilisierenden Potenzials und ihrer krisenhaften Entwicklungen allererst konstituiert.

Diese Annahme, dass der Markt beziehungsweise der Kapitalismus vom Gelde her verstanden werden muss, anstatt (wie gewöhnlich) umgekehrt das Geld als ein zwar sinnvolles, im Prinzip aber nicht (mehr) notwendiges Mittel zur Erleichterung des Tauschs aufzufassen, ist nicht unbedingt originell oder wenigstens nicht wirklich neu (Simmel 1989; Innes 2004), wohl aber in den Sozialwissenschaften kaum mehrheitsfähig (Ingham 2004: 15-37, 59-68). Sowohl der wirtschaftliche Liberalismus und damit die Neoklassik als auch die meisten Marxisten schenken dem Thema Geld, obwohl gleichermaßen vom Primat der Ökonomie überzeugt, keine besondere Aufmerksamkeit. Für den Liberalismus ist der monetär nur vermittelte Gütertausch respektive die über diesen laufende Nutzenmaximierung der Einzelnen das basale soziale Geschehen (Ganßmann 2009). Für orthodoxe Marxisten zählt letztlich allein die Mehrwertproduktion (Kurz 1991). Liberalen wird Geld daher nur dann zum Problem, wenn es den Tausch nicht nur fördert, sondern verzerrt, den Marxisten, wenn überhaupt, als höchste Form der Entfremdung (Marx 1971: 297-301).

Beide Lager verkennen, wie ich an anderer Stelle ausführlich zu zeigen versucht habe (Paul 2004), dass der Kapitalismus zunächst und vor allem eine Geldwirtschaft ist. Doch damit nicht genug. Ich gehe im Anschluss an Simmel davon aus, dass wir aller Differenzierung unserer sozialen Systeme und ihrer Eigenlogik zum Trotz in einer Gesellschaft des Geldes leben, beziehungsweise dass das Geld das Leitmedium oder die integrative Klammer hochdifferenzierter, individualistischer und werteppluralistischer Ordnungen darstellt (Hörisch 2004). Damit kündige ich den Parsonianischen Kompromiss, demzufolge die Ökonomie sich mit dem Problem des Werts, die Soziologie hingegen sich mit dem der Werte zu befassen habe (Camic 1987). Wie Aglietta und Orléan (1982, 2002), Deutschmann (1999) und Ingham (2004) plädiere ich dafür, die gerade geldtheoretisch gleichermaßen falsche wie fatale Grenzziehung zwischen Ökonomie und Soziologie zu überwinden. Ironischerweise lässt ein derartiges Plädoyer sich auch mit Hilfe der neueren Systemtheorie formulieren, obwohl Luhmann bekanntlich von einem Primat der Systeme nichts wissen will und dementsprechend einen medialen Relativismus vertritt. Zu argumentieren ist hier zum einen mit von diesem selbst eingeräumten Sondereigenschaften des Mediums Geld (Paul 2002), zum anderen mit der Rückführbarkeit des Supercodes Inklusion/Exklusion auf die Unterscheidung von Besitz und Nicht-Besitz von Geld (Deutschmann 2008). Die Zentralität des Mediums Geld unterstellt, sind Geldreformen also, so sehr sie zunächst auf die Remedur im engeren Sinne wirtschaftlicher Probleme gemünzt sein mögen, immer auch sozialpolitische, wenn nicht sozialutopische Projekte. Umgekehrt stellen die Schwierigkeiten und Nebenwirkungen auch nur punktuell realisierter Reformen nicht bloß ihren ökonomi-

schen Sinn auf die Probe, sie sind zugleich ein Lehrstück über die Grenzen gesellschaftspolitischer Experimente.

Eben diese Überlegung möchte ich im Folgenden am Beispiel der Geldreformvorschläge Gesells und Hayeks ansatzweise durchspielen.¹ Ersterem geht es um die politische Zählung beziehungsweise Trennung der ökonomisch potenziell dysfunktionalen Verknüpfung der Tauschmittel- mit der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes, letzterem um die ökonomisch vorgeblich funktionale Privatisierung beziehungsweise endliche Entpolitisierung des Geldmediums. Ich konzentriere mich auf die genannten Autoren und ihre vorderhand nicht mehr ganz aktuellen Ideen, weil sie für viele, wenn nicht für die meisten der späteren Vorschläge Pate gestanden haben (Prüßmann 2000; Rösl 2006). Sie sind Nicht-Spezialisten zugänglich, und die in Auseinandersetzung mit ihnen entwickelte Kritik lässt sich *mutatis mutandis* auf neuere Vorschläge übertragen. Und schließlich veranschaulichen die beiden Konzepte spiegelbildlich die beiden Hauptaufgaben, vor welche alle Geldpolitik sich grundsätzlich gestellt sieht: einerseits die vollständige Verwandlung des Geldes in einen privaten Vermögenstitel zu verhindern, andererseits seiner forcierten Entwertung sowie einer weitgehenden Beschränkung der (wirtschaftlichen Dispositions-)Freiheit der Akteure entgegenzutreten.

Ich werde die Vorschläge der beiden Autoren zunächst separat vorstellen und in Hinblick auf ihre ökonomische Plausibilität diskutieren, bevor ich in den *Abschnitten IV* und *V* gewissermaßen ideologiekritisch auf die in private Weltgelder einerseits und eine Vielfalt kollektiv administrierter lokaler Währungen andererseits gesetzten ordnungspolitischen Hoffnungen zu sprechen komme. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Beider, Gesells wie Hayeks, Traum ist der einer a-sozialen Abschaffung des Geldes, wie wir es kennen. Hayeks Traum ist a-sozial, weil es ihm um die unmögliche Errichtung eines Reichs der Unmittelbarkeit isolierter Monaden zu tun ist; der Gesells weil sein Projekt die Einzelnen um ihre monetären Spielräume brächte und die Gesellschaft als Zusammenhang und zivile Verkehrsform Fremder in einen Flickenteppich heterogener, virtuell gewalttätiger Gemeinschaften zersprengte. Wie ich in einem letzten Abschnitt zeigen möchte, geben sie gleichwohl Anlass, soziologisch genauer zu sehen, worin die Aufgaben und Probleme heutiger Geldpolitik bestehen.

II. Die Gesellsche Idee des Schwundgelds

Von dem 1862 geborenen erfolgreichen Kaufmann, zeitweiligen Münchener Revolutionär und 1930 als Kommunarde der Lebensreform-Kolonie Eden verstorbenen Silvio Gesell (Onken 1999) stammt die Idee des Schwundgelds (Gesell 1999). Gemeint ist damit, dass auf als Kasse gehaltenes Geld ein Strafzins an den Staat in Höhe von 0,1 Prozent pro Woche oder 5,2 Prozent jährlich gezahlt werden soll.² Die dahinter stehende proto- oder besser parakeynesianische Überlegung lautet, dass Geld als

¹ Ich schließe damit an in Paul (2003a) vorgetragene Überlegungen an.

² Die Höhe des Strafzinses variiert in den verschiedenen Ausgaben der 1916 erstmalig veröffentlichten *Natürlichen Wirtschaftsordnung*; ich beziehe mich auf die in die Gesammelten Werke (18 Bde., 1988-1997, Lützenburg: Gauke) aufgenommene vierte, letztmalig von Gesell überarbeitete Auflage von 1920.

Tauschvermittler einerseits zwar ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage im Sinne des Say'schen Gesetzes herstellen könne, andererseits aber das einmal durch den Verkauf von Waren eingenommene Geld nicht unbedingt sofort wieder für andere Güter ausgegeben werden müsse und deshalb den Ausgleich von Angebot und Nachfrage allererst zu verhindern in der Lage sei. Diesen strukturellen Vorteil der Geld- vor den Warenbesitzern, so Gesell, ließen jene sich von diesen für den Kreditzins respektive die zeitweilige, aufpreispflichtige Bereitstellung des von ihnen vorgehaltenen, also vorerst nicht gebrauchten Kapitals für fremde Zwecke abkaufen. Der Zins gleiche damit einer von den privaten Geldhaltern erhobenen, geradezu raubritterlichen Benutzungsgebühr des Marktwegenetzes. Der dem Geld im Unterschied zur gebrauchswertfixierten Ware als universalem Äquivalent geschuldete objektive Vorteil des Geldhalters beziehungsweise dessen qua Kassenhaltung unter Beweis gestellte aktuelle Nicht-Bedürftigkeit dürfe weder unter ethischen noch unter ökonomisch funktionalen Aspekten durch die Zahlung einer ihrerseits geldförmigen und damit das Ungleichgewicht zwischen Waren- und Geldbesitzern nur verstetigenden Geldmobilisierungsprämie belohnt werden. Im Gegenteil. Um einer tendenziell maßlosen, schließlich gilt das Gesetz des abnehmenden Grenznutzens nicht für das Geld, marktwirtschaftlich widersinnigen, dem reibungslosen Güterfluss abträglichen und damit Krisen generierenden Kassenhaltung einen Riegel vorzuschieben, müsse diese, statt mit Zinsen belohnt, gesetzlich mit Negativzinsen belegt werden. Erst und nur dann diene Geld dem Zweck, für den es gedacht sei, nämlich den Tausch zu erleichtern beziehungsweise die Versorgung der Warenbesitzer mit Geld und die der Geldbesitzer mit Waren sicherzustellen (Suhr 1983).

Diese Differenz in der Formulierung ist nicht redundant, konzipiert Gesell das Geld doch eher als Zahlungs- denn als Tauschmittel, insofern es zum einen seiner vermeintlich residualen Gebrauchswerteigenschaften beraubt und zum anderen mit einer intrinsischen, dem Staat als Geldemittenten zugute kommenden Geldsteuer belegt werden soll. Gesell will die Verstaatlichung des Geldwesens beziehungsweise die Entprivatisierung des Geldes als öffentliches Gut. Aufgabe des Staates wäre es, der heutigen Geldpolitik nicht unähnlich, auf die Kontraktion oder Ausweitung realwirtschaftlicher Aktivitäten mit einer entsprechenden Kontraktion oder Ausweitung der umlaufenden Geldmenge zu reagieren und die Preise so stabil zu halten. Knapp gehalten würde das Geld aufgrund des Schwundzinses gewissermaßen von selbst. In Zeiten des Booms hingegen könnte der Staat neues Geld in Umlauf bringen. Eine wenn auch nicht rechtlich, so doch aufgrund des Bestrebens der Geldbesitzer, sich ihrer Barschaft zugunsten von nicht zinsbelasteten Sparguthaben weitgehend zu entledigen, faktisch zinslose Kreditaufnahme Privater bei Geschäftsbanken wäre Gesell zufolge daneben weiterhin möglich. Seine Ideen gehören damit in die lange Tradition der abendländischen Zinskritik (Heil 1997), versuchen jedoch, und das ist ein neuer Gedanke, dem Zins durch den Zins ein Schnippchen zu schlagen.

Seine Geldreformvorschläge sind oder waren, ökonomisch gesehen, indes weniger absurd, als sie uns heute erscheinen und zugleich realistischer als ihrem Urheber lieb sein konnten (Huber 1998: 381-400). Scheitern würden sie im Großversuch, bisher gab es nur vereinzelte und lokal begrenzte Schwundgeld-Experimente (Blanc 1998b; Rösl 2006; Gatch 2006), gleichwohl an der Inflationierung des Geldes oder aber, sollte

es wider Erwarten gelingen, sie zu vermeiden, an einer unbeabsichtigten Rückkehr des Zinses.

Weit blickend war Gesell darin, dass er Geld- oder Kreditkrisen als Bedrohung und mögliche Ursache schwerer Krisen der Realwirtschaft identifizierte. Wird Geld von Privaten angesichts sinkender Profite gehalten statt investiert oder an Dritte kreditiert, wird es der Wirtschaft in genau dem Moment entzogen, in dem sie am dringendsten auf Nachfrageimpulse angewiesen ist. Spätestens in der großen Deflationskrise der frühen 1930er Jahre, in welcher ein realer Kaufkraftzuwachs des Geldes das Geldangebot massiv verknappte, sich die Last bestehender Schulden erhöhte und jedwede Kreditaufnahme wenig opportun erschien (Fisher 1933), sollten sich Gesells Befürchtungen als triftig erweisen. Ähnlich wie, aber doch anders als Keynes' staatliches „deficit spending“ zielt Gesell mit dem Strafzins für Geldhaltung auf die Mobilisierung der privaten Nachfrage und die Bereitstellung privater Kredite. Vorausgesetzt wird in seinem Krisenszenario allerdings ein vollkommen unelastisches, sozusagen an die Goldkette gelegtes Geldangebot. Denn nicht einmal der Staat konnte als Kreditgeber einspringen und dem Geldmangel abhelfen, solange das einmal emittierte Geld durch begrenzte Goldreserven gedeckt werden musste. Mit der in den 1930er Jahren vollzogenen Abkehr vom Goldstandard (Eichengreen 2000: 113-126) wurde die öffentliche Hand geldpolitisch allerdings frei. Deflationen konnte fortan, wie aktuell von EZB und Fed vorexerziert, gegengesteuert werden, wenn auch um den nicht unerheblichen Preis, die Spekulation anzutreiben und zumindest mittelfristig der Inflation Vorschub zu leisten.

Mit dem Übergang zu diskretionärer Geld- beziehungsweise moderner Zentralbankpolitik hätten sich Gesells Sorgen im Grunde verflüchtigen müssen. Zusätzlich jedoch zur Aufgabe des Goldstandards und der (Wieder-)Herstellung eines staatlichen Geldmonopols schlug er die Einführung eines Strafzinses für Bargeldhaltung vor. Einmal abgesehen von der heutigen volkswirtschaftlichen Irrelevanz von Bargeldbeständen, ist anzumerken, dass Gesell damit an einer Zinstheorie festhält, die sich spätestens mit dem praktischen Übergang zum Chartalismus erledigt haben müsste. Denn der Zins ist für ihn Ausdruck der besonderen Eigenschaft der Ware Geld, nicht zu verrotten und keinerlei Aufbewahrungskosten zu erzeugen. Wäre nur Gold Geld, ließe dieses Argument sich vielleicht diskutieren. Da jedoch selbst Gold nicht als bloßes Edelmetall, sondern erst durch die Intervention einer öffentlichen Autorität Geld wird (Paul 2003b), kann der Zins nichts mit den natürlichen Eigenschaften der Geldware zu tun haben. Und doch stellt Gesell sich offenbar vor, noch einer staatlich emittierten Zettelwährung wüchse der Zins gleichsam wie von selber zu, weshalb diese nicht anders als Goldgeld durch eine negative Verzinsung allererst in Umlauf gezwungen werden müsse.

Tatsächlich ist der Zins der Knappheitspreis des Geldes, unabhängig davon, woraus Geld gemacht ist. Wer, ohne ein Gut zu verkaufen, an Geld heran will, zahlt dafür Zins. Nicht der Geldbesitz als solcher, sondern die zeitweilige Aufgabe von Geld, spült den Zins in die Taschen des Kapitalisten. Zwar haftet am Gelde eine Liquiditätsprämie, ein besonderes Verfügungs- und Freiheitspotenzial, das es dem Geldhalter gestattet, jederzeit auf beliebige Waren zugreifen zu können. Materialisiert, oder besser monetarisiert, wird diese Prämie jedoch nur dann, wenn der Geldbesitzer sein Geld aus der Hand gibt (Simmel 1989: 267-281; Heinsohn und Steiger 1996: 163-180). Das aber heißt, dass der Geldbesitzer bereits im gewöhnlichen Kapitalismus in Form der ihm für seine Geldhaltung entstehenden Opportunitätskosten eine Art negativen Zins

entrichtet. Hinzu kommt, dass der Wert von Bargeldbeständen durch eine sozusagen natürliche, nicht durch die Zunahme der Geldmenge oder seiner Umlaufgeschwindigkeit, sondern vielmehr durch realwirtschaftlichen Strukturwandel verursachte Inflation geschmälert wird. Auch ordinäre Geldhalter stehen daher unter Ausgabezwang.

Dieser Ausgabezwang wird nun durch das Schwundgeld verschärft. Mehr noch als normales Geld würde man es, ganz wie von Gesell gewünscht, schnell wieder loswerden wollen; mit gesamtwirtschaftlich dysfunktionalen und wie ich in *Abschnitt V* zeigen werde, auch gesellschaftlich problematischen Folgen. Gesell übersieht, dass einem erhöhten Angebot von Geld nicht notwendigerweise ein passendes Angebot von Waren gegenübersteht. So wie Ost-Berlin-Besucher sich früher vor ihrer Rückreise in den Westen genötigt sahen, ihre überflüssigen Ost-Mark, wenn nicht am Bahnhof Friedrichstraße unauffällig in den Abfall zu werfen, für unnötigen Plunder auszugeben, würde Schwundgeld bedenkenlos verpulvert. Geld fungiert in Gesells Konzeption seinem ausdrücklichen Bekenntnis zum freien Tausch zum Trotz eher als unspezifizierter Güterberechtigungsschein denn als Tauschmittel. Es würde eher konsumtiven als produktiven Verwendungszwecken zufließen. Denn jede Produktion, auch und gerade eine Produktion, die sich den Kundenwünschen anpasst oder sie *pari passu* generiert, braucht Zeit. Der befristete Konsumverzicht des Geldhalters muss das System deshalb nicht zwingend stören, sondern kann es auch dynamisch stabilisieren (Schumpeter 1934: 318-369). In einer Schwundgeld-Wirtschaft hingegen würden die Preise für Konsumgüter steigen. Dass ein solches Geld nichts wert ist, müsste sich nicht erst herumsprechen. Neben, beziehungsweise wegen der Preisinflation für Konsumgüter käme es daher zu einer Flucht in vermeintlich bleibende Werte und alternative Währungen. Die Güter würden knapp, die Preise stiegen weiter, und der Wechselkurs stürzte ab. Selbst wenn man letzteres in geschlossenen Volkswirtschaften unter Umständen durch ein Verbot beziehungsweise die Fixierung von Währungsgeschäften ausschließen könnte, ließe sich der Gebrauch von Schwarz- und inoffiziellen Warenwährungen gewiss nicht verhindern (Keynes 1973a: 353-358). Nicht nur wären intertemporale Preisvergleiche in einer Schwundgeld-Wirtschaft unmöglich. Stagnation, politische Eingriffe in das Wirtschaftssystem und die Ausdifferenzierung von Parallelkreisläufen wären die unausweichliche Folge.

Die von Gesell vorgesehene Alternative, sein Geld nicht auszugeben, sondern es den Geschäftsbanken zinsfrei zur Kreditgewährung an Dritte zur Verfügung zu stellen, würde die genannten Probleme nicht lösen. Denn die Kreditnehmer sähen sich genau denselben Schwierigkeiten ausgesetzt wie die Sparer und würden ihre quasi zinsfreien Darlehen entweder in den Konsum pumpen oder für die Spekulation in Gold, Immobilien oder Fremdwährungen verwenden. Sollten aber der Inflation des Schwundgelds und dem Erstickungstod unternehmerischer Initiative wie von Zauberhand irgendwie doch Einhalt geboten werden können, käme es zu einer für den Gesell'schen Vorschlag nachgerade tragischen Wiederkehr der Zinsen. Wären das Geld nämlich knapp und gute Ideen vorhanden, böte ein Unternehmer seiner Bank jene freiwillig an.

III. Hayeks Konzept eines privatisierten Geldes

Der Vorschlag des radikalliberalen Ökonomen und Sozialphilosophen Friedrich August v. Hayek, das Geld zu entstaatlichen (Hayek 1977; Gerding und Starbatty 1980), ist in vielerlei Hinsicht das genaue Gegenstück zu den zuvor diskutierten Ideen Gesells. Sein Plädoyer für eine Entnationalisierung des Geldes ist freilich nicht allein auf Hayeks politische Orientierung, sondern auch auf seine der Zeit Gesells gegenüber unterschiedlichen währungspolitischen Erfahrungen zurückzuführen (Helleiner 1994: 81-122). Die Deflationskrisen der 1920er und 1930er Jahre waren Geschichte, der Goldstandard war bereits vor Nixons Aufkündigung der Golddeckung des Dollar kaum mehr als eine Reminiszenz gewesen, und der Keynesianismus war die herrschende Lehre. Verglichen mit späteren lateinamerikanischen und afrikanischen Exzessen nach wie vor niedliche, immerhin aber zweistellige Inflationsraten nagten am Geldwert der wichtigsten Währungen, erschwerten die Kalkulation und bedrohten insbesondere Gläubigerinteressen. Die Frage, inwieweit Keynes respektive der Keynesianismus für diese Entwicklung verantwortlich zu machen sind, spare ich hier aus. Auf jeden Fall ist es die Inflation, gegen die Hayek anschreibt. Und da er die inflationäre Geldentwertung für ein direktes und in demokratischen Zeiten fast notwendiges Resultat nicht nur einer bestimmten staatlichen Geldpolitik, sondern letztlich eines jeden politischen Zugriffs auf das Geld hält, nimmt das Projekt nicht wunder, das Geld selbst den Gesetzen des Marktes zu überlassen.

Sein Vorschlag lautet, das staatliche Geldmonopol aufzuheben und es privaten Anbietern anheimzustellen, eigene Währungen zu emittieren. In Umlauf gebracht würden diese Privatgelder durch ihren Verkauf gegen staatliche Währungen. Dieser Verkaufspreis legte den Mindestkurs fest, zu dem das Privatgeld jederzeit wieder in Mark, Dollar, Pfund oder Franken zurückgetauscht werden könnte. Das eigentliche Stabilitätsversprechen der privaten Währungsemittenten und damit die den staatlichen, von Inflation bedrohten Geldern gegenüber besondere Attraktivität ihrer Noten bestünde indes in ihrer Bindung an einen bestimmten Warenkorb. Die Einlösung eines solchen Geldes in Waren obläge nicht der emittierenden Bank, sondern bliebe dem Markt überlassen. Die Bank hätte den Wert ihres Geldes also über die Justierung der Geldmenge an das von ihr proklamierte Kaufkraftversprechen anzupassen. Dafür, dass die Geldwertstabilität erreicht und erhalten werde, Sorge anders als bei staatlichen Währungen mit gesetzlichem Annahmewang die Konkurrenz der Währungsemittenten untereinander. Sobald sich zeige, dass die Privatbank die Warenkorbbindung ihres Geldes nicht aufrecht erhalten könne, oder schlimmer noch, der Kurs der Privatwährung unter den Ausgabepreis sinke, würden die Wirtschaftssubjekte ihre Geldhaltung auf eine andere, stabilere Währung umstellen. Auf dieselbe konkurrierende Weise würde im übrigen ermittelt, an welchen Warenkorb oder Preisindex die Kunden ihr Geld gebunden sehen wollen. Durch die der Gesell'schen Vorstellung prinzipiell nicht unähnliche Herabstufung des Geldes ins Reich der gewöhnlichen Waren, freilich auf dem dem Vorschlag Gesells entgegengesetzten Wege seiner vollständigen Privatisierung, will Hayek zugleich das Elastizitätsproblem des Goldstandards umschiffen und die politische Instrumentalisierung der Notenpresse verhindern, um statt dessen ein endlich und dauerhaft stabiles Geld zu kreieren, das den Tausch nur noch vermittelt und nicht länger stört.

Formal gilt die Kritik, die ich an Gesells Schwundgeld geübt habe, auch hinsichtlich des Konzepts der freien Währungskonkurrenz: Zum einen übersieht oder unterschlägt Hayek die wirtschaftlich dysfunktionalen oder wenigstens problematischen Folgen seines Vorschlags (Huber 1998: 245-253), zum anderen ist vieles von dem, was er fordert, längst Realität. Hinzu kommt, dass ein im Sinne Hayeks entpolitisiertes Geld alles andere als apolitisch dazu tendierte, das politische System nicht nur in seine Schranken zu verweisen, sondern es dem Wirtschaftssystem zu subsumieren.

Zunächst einmal erkaufte man sich die Wertstabilität eines warenkorbbasierten Geldes mit Verzerrungen des Preisgefüges. So würde ein derartiges Geld zwar zweckgemäß die Veränderungen der meisten Güterpreise abbilden, der Preis des ihm zugrunde liegenden Warenkorbs selbst müsste jedoch konstant gehalten werden. Eine reale Verknappung oder Ausweitung der Warenbasis des Geldes hätte dementsprechend zur Folge, dass nicht diese Veränderungen angezeigt würden, sondern vielmehr die Preise der durchgehend in gleicher Quantität und Qualität angebotenen und nachgefragten Güter schwankten. Sollte es aber gelingen, den Warenkorb breit genug zu streuen und den genannten Effekt praktisch auszuschließen, ließe sich also nur die Preissumme fixieren, während die relativen Preise nach wie vor frei wären, müssten realwirtschaftlich bedingte Preisniveauschwankungen durch eine Freigabe vertraglich festgelegter Einkommensströme etwa in Form von Löhnen oder Renten ausgeglichen werden. Geldwertinstabilitäten wären mithin nicht aus der Welt, sie würden lediglich invisibilisiert.

Doch damit nicht genug. Von realwirtschaftlichen Schocks einmal abgesehen, führte die Konkurrenz von Privatwährungen zu einer tendenziellen Aufwertung des Geldes. Der Währungswettbewerb hätte nämlich zur Folge, dass jeder Emittent die Kaufkraft und den Kurs, also den inneren und den äußeren Wert seines Geldes, nicht nur stabil zu halten, sondern zu steigern strebte. Das Nachsehen hätten in diesem Fall die Schuldner, vorausgesetzt freilich, sie ließen sich von ihren Gläubigern überhaupt ein deflationäres Geld als Kreditstandard aufzwingen. Von einem allgemeinen, Kapitalbesitzern und Lohnempfängern, Gläubigern und Schuldnern gemeinsamen Interesse an ein und demselben Geld kann mithin überhaupt keine Rede sein.

Noch schwerer wiegt freilich, dass ein freier Währungswettbewerb die Spekulation befeuern und langfristig das in globaler Hinsicht bisher staatliche in ein privates Geldoligopol verwandeln würde. Dieser Trend lässt sich nicht nur aus dem Konzept Hayeks extrapolieren, sondern der Wirklichkeit ablesen. Denn seit Freigabe der Wechselkurse zu Beginn der 1970er Jahre gibt es eine internationale Währungskonkurrenz und zwar eine der Zentralbank- und nicht privater Gelder. Es ist jedoch unerfindlich, worin das Quantitätsmanagement privater Gelder von staatlicher Geldpolitik technisch und qualitativ unterscheidet und warum ein Wettbewerb privater Währungen zu einem ausgeglicheneren Klima auf den globalen Geldmärkten führen sollte. Man muss kein Verächter der Spekulation an sich sein, immerhin liegen den auf den Börsen und über den Tresen gehandelten Wetten reale Sicherheitsbedürfnisse von Produzenten und Händlern zugrunde (Weber 1988; Lavington 1913), die internationale Devisenspekulation jedoch hat sich mittlerweile verselbständigt und selbst in ein Risiko verwandelt (Huffschmid 2002: 42-51). Zwar vermag sie über den Umweg einer Festlegung der Zentralbanken und Finanzministerien auf eine Politik des knappen Geldes durchaus die Kaufkraft einer Währung und damit die Realzinsen zu stabilisieren. Doch wie die Erfahrung zeigt, steigert sie dafür die Volatilität der Kurse und reißt beizeiten ganze Volks-

wirtschaften und transnationale Wirtschaftsräume in den Ruin (Dornbusch und Franke 1988). Der geld- und haushaltspolitische Spielraum selbst der großen Staaten ist längst eingeschränkt. Wie der immer wieder aufflackernde Streit um die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank oder das Für und Wider einer europäischen Sozialcharta zeigt, ist eine von unmittelbaren Pressionen nationalstaatlicher Regierungen abgekoppelte Geldpolitik, so segensreich die Stabilisierung des Binnenwerts einer Währung sein mag, immer auch eine insbesondere Kapitalbesitzer begünstigende Politik (Heine und Herr 2008: 173-204). Dennoch ist der Euro selbst eine politische Antwort auf die Devisenspekulation. Er immunisiert die Staaten der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion weitgehend gegen spekulative Angriffe, reduziert den kurssensiblen Außenhandel zugunsten eines kursindifferenten Binnenhandels und verallgemeinert die Vorteile eines einheitlichen, transaktionskostenfreien Geldsystems. Zwar unterliegt die Geldpolitik der EZB formal weiterhin nicht den Mehrheitsbeschlüssen und Launen des politischen Systems, und es spricht manches dafür, an dieser Unabhängigkeit nicht zu rütteln, global haben die Europäer durch die Einführung einer Gemeinschaftswährung indes politischen Gestaltungsspielraum zurückgewonnen.

Ein den Währungswettbewerb und damit zugleich die Spekulation wie die vermeintliche Wahlfreiheit der Geldbesitzer tendenziell einschränkender Konzentrationsprozess wäre voraussichtlich auch das langfristige Ergebnis einer Umsetzung der Hayek'schen Pläne. Die Deflationskonkurrenz und spekulativen Pleiten der privaten Geldemittenten einerseits, das Bedürfnis der Geldnutzer nach einem einheitlichen Wertmaßstab andererseits würden die anfänglich immerhin denkbare Vielfalt von Emissionsbanken auf ein Oligopol einiger weniger den globalen Markt beherrschender Bankhäuser einschnurren lassen. Wäre so etwas wie der Euro damit nicht auch das natürliche Resultat eines freien Währungswettbewerbs? Wäre die heutige Devisenspekulation damit nicht ein um des guten Endes in Form einer Handvoll entpolitisierter Weltgelder willen in Kauf zu nehmender Preis? Ich denke nein. Denn damit hätte sich die relative Unabhängigkeit der Zentralbanken in ein aller öffentlichen, geschweige denn demokratischen Kontrolle entledigtes Weltregiment der großen Geldkonzerne verkehrt. Die wohltuenden Wirkungen des Wettbewerbs wichen einer Kartellierung des Geldmarkts. Rechenschaftspflichtig wären die Weltbanken ihren Aktionären und nicht den Geldnutzern und Staatsbürgern. Das Geld wäre damit nicht entpolitisiert, sondern die Politik – und nicht nur die Geldpolitik – tanzte nach der Pfeife des Geldes.

Dass Hayek diese Sorgen nicht teilt, geht auf seine nahezu religiöse Verehrung des Marktes und sein tiefes Misstrauen dem Staat sowie aller Politik gegenüber zurück. Der politische Missbrauch von Marktmacht ist für ihn deshalb kein echtes Problem. Doch in Wahrheit geht es Hayek nicht allein um die Entstaatlichung des Geldes zugunsten einer privaten Geldproduktion, sondern vielmehr um die Entpolitisierung im Sinne einer endlichen Neutralisierung, falls nicht Abschaffung des Geldes. Damit aber verkennt er den in einem anderen und weiteren als dem bislang ausbuchstabierte Sinn eminent politischen Charakter des Geldes.

IV. Die politische Natur des Geldes

Neben den im engeren Sinne wirtschaftlichen Problemen interessieren mich die offen oder implizit utopischen beziehungsweise ordnungspolitischen Gehalte der Vorschläge Hayeks und Gesells. Ich bleibe zunächst bei ersterem. Seine Reformidee setzt wie die gesamte orthodox-liberale Tradition voraus, dass Geld primär ein Tauschmittel ist. Das basale wirtschaftliche und letztlich gesamte soziale Geschehen ist für die Liberalen der für die im doppelten Sinne handelnden Individuen wechselseitig vorteilhafte Tausch (Haesler 1983). Diese sind es, die über einzelne Tauschakte ihre divergierenden, zumindest ihnen selbst transparenten Interessen koordinieren und einen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang allererst konstituieren (Dumont 1991). Gruppen finden ihre innere Grenze somit dort, wo der Tausch nicht oder noch nicht stattfindet. Seiner Ausweitung stehen freilich weniger die beschränkten Bedürfnisse der Einzelnen als vielmehr ein Mangel an Gütern und das von Jevons (1875: 3) so genannte Problem der doppelten Koinzidenz der Wünsche entgegen. Nicht nur müssen, entfremdet gesprochen, zwei unterschiedliche Waren oder Gebrauchswerte sich wechselseitig finden, auch muss ihre hochwahrscheinliche Wertdifferenz sich ausgleichen lassen. Genau zu diesem Zwecke ersinnen die Menschen das Geld. Es fungiert als Zwischentauschgut und macht auf diese Weise die Wertrelationen oder Preise der Waren sichtbar. Alle anderen Geldfunktionen werden aus der Tauschmittelfunktion des Geldes abgeleitet. Interessanterweise wird in der Theorie, ein besonders deutliches Beispiel hierfür sind die Schriften von Walras, die vermeintlich zentrale Tauschmittelfunktion unter der Hand durch die Rechenfunktion des Geldes ersetzt (Moini 2001: 277-280). Denn die Preise der Waren sind neoklassisch nichts anderes als ihr gesellschaftlich durchschnittlicher Nutzen. Dieser lässt sich mit Hilfe eines Auktionators oder besser noch automatischer Quotierungssysteme ebenso errechnen wie durch praktischen Geldgebrauch ermitteln. Geld ist im Grunde also überflüssig, theoretisch ein Fremdkörper der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie (Hahn 1982: 1) beziehungsweise, sofern doch noch vorhanden, im Idealfall neutral. Es ist daher nicht erstaunlich, dass Hayek nach Kniffen und Wegen sucht, das Geld, wenn schon nicht abzuschaffen, so doch gerade dadurch zu neutralisieren, dass er es in ein Gut unter anderen verwandelt. Das liberale Modell hat indes einen Haken: es ist soziologisch unmöglich.

Sieht man großzügig darüber hinweg, dass Menschen nicht als lehrbuchkonforme Marktsubjekte auf die Welt kommen, sondern in einem historisch langen Prozess zu solchen erst gemacht wurden und stets wieder erzogen werden müssen, ist eine geldlose Marktorientierung und Marktabhängigkeit der Individuen undenkbar (Aglietta und Orléan 2002: 35-96). Der Markt ist ein gewaltfreier Zusammenhang Fremder oder einander indifferent gegenüberstehender Einzelner und insofern zu Recht eine zivilisierende Institution ersten Ranges (Hirschmann 1989: 192-225). Doch was macht, woher rührt es, dass Fremde zusammenhängen? Die Marktgesellschaft ist ja gerade eine, in der traditionelle Solidaritätspflichten und Sicherungssysteme zugunsten eines individualisierten Risikomanagements verschwunden sind (Heinsohn und Steiger 1996: 106-117, 129-132). Marktorientierung und Marktabhängigkeit besagen, dass die Einzelnen in ihrer Überlebenssicherung, ihrer Wohlfahrt und ihrem Erfolg auf das im Grunde willkürliche Warenangebot und die nicht kalkulierbare Nachfrage anonymer Dritter angewiesen sind. Wie von Marx (1982: 62-108) treffend beschrieben, ist die kapitalis-

tische Produktion nicht am Gebrauchswert der Waren, sondern an ihrem mutmaßlichen Tauschwert ausgerichtet. Und zwar nicht allein deshalb, weil sie nicht wissen, was die anderen wollen, sondern gleichermaßen, weil die Privateigentümer nicht damit rechnen können, das, was sie wollen, auch zu bekommen. Eben weil eine Koordination der Marktsubjekte *ex ante* ausgeschlossen ist, muss sie *ex post* möglich sein (Keynes 1973b). Die Marktsubjekte suchen daher nach einem „Gegenstand“, von dem sie annehmen, dass alle anderen auch nach ihm suchen. An sich muss dieser „Gegenstand“ weder besonders wertvoll noch besonders nützlich sein, noch muss er bestimmte natürliche Eigenschaften aufweisen. Zu Geld wird vielmehr dasjenige Etwas, von dem alle der Ansicht sind, dass alle der Ansicht sind, dass alle es begehren. Die Marktsubjekte, oder besser gesagt, diejenigen, die es werden wollen, befinden sich mithin in einer Situation doppelter Kontingenz.

An diesem Punkt, wie Menger (1892) es tut, die marktgängigste Ware als Geld einzusetzen, ist nicht überzeugend: Erstens, weil damit der Markt, dessen Möglichkeit es allererst auszuweisen gilt, als schon vorhanden unterstellt wird, und zweitens, weil gerade der alles andere als residuale Gebrauchswert der marktgängigsten Ware diese als Träger von Tauschwert überhaupt disqualifiziert. Zwar ist denkbar, dass es spontan zur Auswahl oder Bezeichnung eines im Prinzip beliebigen Geldobjekts kommt, sehr viel wahrscheinlicher und zudem durch die historische Forschung gut belegt (Wray 1999) ist hingegen die Intervention eines Dritten, etwa einer politischen oder religiösen Autorität, die von sich aus bestimmt, was fortan als Geld gilt. Erst jetzt werden Märkte möglich, erst jetzt „lohnt sich“ die Produktion für den Markt, weil das Geld oder, marxistisch gesprochen, die Wertform das logische und praktische Apriori einer Vernetzung, und zugleich der Genese, von zwar nicht autarken, wohl aber autonomen Subjekten ist, das heißt von Individuen im starken Sinne des Wortes. Märkte beziehungsweise Marktgesellschaften werden mithin politisch konstituiert.

Daraus folgt indes nicht, dass der These des Chartalismus, dass das Geld ein Geschöpf der Rechtsordnung sei (Knapp 1905), uneingeschränkt zuzustimmen wäre. Zwar ist es der Staat, dem es leichter gelingt, die Jagd auf ein Symbol des generellen Begehrens mit einem, allen Rationalisierungen und Selbsttäuschungen zum Trotz, willkürlichen *Heureka* abzublasen und die Marktsubjekte so aus ihrer Verwirrung zu reißen, als dass sie selbst es vermöchten. Doch es handelt sich hierbei nicht um die Erfindung oder den Oktroi von Geld überhaupt, sondern vielmehr um dessen Formbestimmung (Hutter 1994). Man könnte vielleicht sagen, dass der konkrete Geldausdruck wie das sprachliche Zeichen arbiträr ist, beiden jedoch ein nach Artikulation drängendes Substrat zugrunde liegt.

Und eben in der Arbitrarität des Geldobjekts oder Geldzeichens steckt seine Gefährdung. Das Geld ist daher politisch, nicht allein, weil eine der Gruppe transzendente Instanz es zu stiften vermag, sondern weil die Akteure das Geldversprechen respektive die Autorität dieser Instanz periodisch auf die Probe stellen. Gläubiger haben ein Interesse daran, dass das Geld äußerst knapp beziehungsweise der Zins hoch gehalten wird, Schuldner hingegen hoffen auf eine vergleichsweise lockere Geld- oder eben Zinspolitik. Die außenwirtschaftliche Variante einer solchen Herausforderung ist die Devisenspekulation. Währungskrisen wie der Zusammenbruch der Weimarer Reichsmark (Aglietta und Orléan 1982: 181-224) oder die Entwertung des argentinischen Peso im Jahre 2001 (Ingham 2004: 165-174) samt der mit ihnen verbundenen Flucht in

Sachwerte sind Beispiele für die Panik ganzer, weil ihres Geldes beraubter Gesellschaften. Das Geld ist wie ein vom Staate zu reitendes Wildpferd. Er ist es, der den Marktakteuren auf der einen Seite nur den monetären Rahmen zu setzen hat, wie die aktuelle (so gut wie jede andere) Kreditkrise zeigt, auf der anderen Seite jedoch um der Stabilität dieses Rahmens willen, ja, um den Preis des sozialen Friedens in letzter Instanz für die Begleichung privater Schulden gerade stehen muss (Kindleberger 1996: 146-189). Geldpolitik ist das schwierige Geschäft, das in einer Marktwirtschaft unausweichliche und prinzipiell schrankenlose Streben der Individuen nach monetärer Sicherheit sowohl zu validieren, als auch ihm Schranken zu setzen, obwohl eine derartige Beschränkung die Akteure erst recht dazu antreibt, das Geld- oder Wertversprechen zu testen. Eine geldlose Marktwirtschaft ist ebenso unmöglich wie die Entpolitisierung des Geldes. Wer sich anderes ausmalt, träumt eben nur oder postuliert eine „Ordnung“, auf die uns bekannte monetäre Manien und Panikattacken nur ein Vorgeschmack sind. Hayeks Konzept ist damit analytisch a-sozial und normativ verantwortungslos.

V. Möglichkeiten und Grenzen des Freigeldes

Im Unterschied zu Hayek hat Gesell immerhin eine Ahnung vom inhärent politischen Charakter des Geldes. Die Einführung des Schwundgeldes wäre ein zwar im Namen der Allgemeinheit verfolgtes, aber gegen die Interessen der Geldbesitzer durchzusetzendes, notwendigerweise staatliches Projekt. Zudem wollte Gesell das Quantitätsmanagement des Geldes staatlichen Stellen überlassen. Dennoch hegt auch Gesell die liberale Illusion, das Geld als Störfaktor auszuschalten. Insofern treffen die oben gegen den Liberalismus als Theorie des geldlosen Tausches ins Feld geführten Einwände auch auf Gesells Vorstellung einer „natürlichen Wirtschaftsordnung“ zu. Immerhin jedoch sieht Gesell, anders als die meisten Tauschmitteltheoretiker des Geldes, dass, selbst wenn sich das Spektrum der Geldfunktionen zwanglos aus der Tauschmittelfunktion ableiten ließe, die in der Regel nur beiläufig behandelte Wertspeicherfunktion des Geldes ein besonderes Augenmerk verdient. In der Tat sind potenziell krisentreibende Geldwertinstabilitäten nicht allein einer fehlerhaften Geldpolitik zuzuschreiben, sondern der Tatsache geschuldet, dass Geld nicht nur Werte ausdrückt, sondern zugleich einen Wert hat (Paul 2004: 171-181). Dies gilt für materiell wertloses Papiergeld und elektronische Geldzeichen selbstverständlich nicht minder als für Goldmünzen. Wie gezeigt, und den Marktakteuren selbstverständlich, lässt sich das Geld nicht, auch nicht das Schwundgeld, folgenlos seiner Wertspeicherfunktion berauben. Marktakteure gieren nach einem als allgemeinem Repräsentanten von Tauschwert wertvollem Geld. Auf dem Markt handlungsfähig heißt liquide sein. Der Markttausch setzt ein Medium voraus, das die Einzelnen gegen die allgemeine, durch ihre grundsätzliche Unabhängigkeit voneinander bedingte, sowie gegen die konkrete, aus ihren intransparenten und wandelbaren Bedürfnissen herrührende Unsicherheit versichert, auch wenn die Existenz eines derartigen zugleich öffentlichen wie privat anzueignenden Mediums das System als Ganzes in permanente Unruhe versetzt. Es ist diese monetär erzeugte Unruhe, dieses Auf und Ab der Konjunktur, das durch anschwellenden Reichtum und die Wiederkehr der Armut gekennzeichnete Doppelgesicht des Kapitalismus, vor dem Gesell zurückschreckt. Daher ist das Gesellsche Projekt, wie sich deutlicher noch als an diesem

selbst bei seinen praktischen Nachahmern zeigt, im Grunde genommen weniger eines der Vergesellschaftung als vielmehr der Vergemeinschaftung des Geldes. Der von mir auch Gesell gegenüber erhobene Vorwurf, eine letztlich a-soziale Geldreform zu propagieren, bekommt in diesem Kontext eine andere Note.

Zieht man über die in ihrer anarcholiberalen Ambivalenz nur schwer zu überbietenden, zwischen emphatischem Individualismus und sozialromantischen Phantasien oszillierenden Überlegungen Gesells hinaus sowohl die sich direkt auf diesen berufenden Frei- oder Schwundgeldexperimente in Wörgl und anderswo (Lietaer 1999: 260-280; Blanc 1998b; Rösl 2006) als auch typische Erfahrungen und Probleme mit eher locker an seine Ideen anschließenden, das heißt nicht unbedingt zinsbelasteten, wohl aber zinsfreien Parallelwährungen in die Beurteilung mit ein (Blanc 1998a; Gatch 2006), ist es wiederum die Praxis selbst, der sich wesentliche Elemente einer soziologischen Kritik am utopischen Kern der Gesell'schen Geldreform ablesen lassen. Was nämlich passiert, wenn Menschen ganz oder teilweise auf den Gebrauch des herkömmlichen Geldes verzichten, eine eigene zinsfreie Währung emittieren und sich zu Tauschringen zusammenschließen? Den Fall eines staatlich verordneten Schwundgelds schließe ich im Folgenden aus; denn die Alternative, sei es zum ökonomischen Kollaps, sei es zur Wiederkehr des vermaledeiten Systems, wäre massiver politischer Zwang, der sich als Ordnungsideal von selbst desavouiert. Ich diskutiere daher nur „Frei-von-Zins-Geld“-Experimente auf freiwilliger Basis.

Abgesehen davon, dass die Mitglieder eines Parallelwährungsraums oder Tauschings sich möglicher- und sinnvollerweise ein bescheidenes Start-„Kapital“ zugestehen, entsteht Geld (entstehen Geldguthaben) hier nur gegen Lieferung einer Ware oder, häufiger, gegen Leistung einer bestimmten Arbeit. Inflation scheint damit ausgeschlossen. Stabil ist ein solches Geld allerdings nur dann, wenn darüber hinaus ein Wertmaßstab festgelegt wird, der den Preis aller gehandelten Waren und Dienstleistungen misst. Oft handelt es sich dabei um einen Arbeits- oder Stundenstandard, der entweder festlegt, dass jede Stunde Arbeit gleich viel wert ist, oder die unterschiedliche Wertigkeit der einzelnen Tätigkeiten festschreibt. Ein solches ist demnach ein quantifizierter, inhaltlich unbestimmter Anspruch auf die Leistungen anderer Parallelwährungsnutzer, ganz auf Gesell'scher Linie also ein Schuldentilgungs- oder Zahlungsmittel. Gehandelt, das heißt gegen Geld ge- und verkauft würden eingedenk des Arbeitszeitstandards indes nur diejenigen Waren, deren Wert man mehr oder weniger kennt oder sich wenigstens vorstellen kann. Der Markt wäre daher nicht nur kein Zusammenhang Fremder, sondern auch kein den auf ihm gehandelten Waren gegenüber indifferenter Allokationsmechanismus. Von Vorteil wäre, und dies ist ein Motiv, das die meisten Freigeldpioniere antreibt (Kennedy und Lietaer 2004), dass auf diesem Wege Ressourcen und Kompetenzen mobilisiert werden, die aufgrund ihres in staatlichem Vollgeld ausgedrückt zu hohen Preises keine Nachfrage finden. Eine verwitwete und pensionierte Französischlehrerin im Haus mit Garten, die sich einen Gärtner zum regulären Marktpreis nicht leisten kann, mag nun einen finden, da sie von den Tauschgeldgenossen begehrte Nachhilfestunden anbieten kann. Dieser Vorteil steht indes unter Vorbehalt. Denn das System versagt, wenn die allgemeine Nachfrage nach schulischer Nachhilfe steigt und unsere reiselustige und kulturbeflissene ältere Dame die von ihr angebotenen Leistungen auf dem freien Markt zu einem Preis absetzt, der ihr sowohl den Gärtner als auch die nächste Opernfahrt finanziert. Falls aber die Pensionistin trotz dieses öko-

nomischen Anreizes weiterhin die Kinder ihres Viertels und nicht irgendwelche Schüler unterstützt, dann offenbar deshalb, weil sie den sozialen Mehrwert einer durch wechselseitige Hilfeleistungen belebten Nachbarschaft höher veranschlagt als den schnöden Mammon. Dieses Beispiel illustriert das grundsätzliche Dilemma auf freiwillige Annahme und nicht gesetzlichen Annahmewang bauender lokaler Zahlungsmittel: Entweder der freie Markt und die auf ihm möglichen Gewinnchancen schränken die Attraktivität und damit den Radius der Parallelgelder bei nächster Gelegenheit ein, oder aber die Parallelgeldnutzer müssen ihre wirtschaftlichen Interessen durch andere Motive flankieren (Priddat 2003).

Eingeführt werden Alternativgelder, um brachliegende Potenziale zu erschließen und aus dem regulären Markt Herausgefallene in einen erweiterten Wirtschaftskreislauf zu integrieren. Gegen diese Absicht ist weder wirtschaftlich noch sozialpolitisch etwas einzuwenden. Praktisch allerdings verschärfen die (wenn auch nicht als grundlegende Alternative zum bestehenden Geldsystem, so doch als dessen Korrektiv und Komplement ersonnenen) Parallelgeldräume die Ausgrenzung der wirtschaftlich Schwachen aus dem Gesamtsystem, indem sie die prinzipiell leistungsfähigen, an monetärer Selbstbestimmung interessierten Individuen sehr schnell an den regulären Markt verlieren und umgekehrt Unqualifizierte überproportional anziehen. Es kommt zu einer Homogenisierung des Leistungsspektrums auf geringem Niveau. Dabei sind Tauschringe wie alle funktionierenden Märkte auf die Nicht-Substituierbarkeit der auf ihnen gehandelten Waren angewiesen. Falls nicht die Ermattung und der Zusammenbruch dieser Zweit- oder Nebenmärkte das Resultat sind, ist, ökonomisch gesehen, zumindest ihre Reduktion auf von gesamtgesellschaftlichen Konsumstandards und Produktinnovationen abgekoppelten Selbstversorgungszirkel wahrscheinlich (Peacock 2003). Der Markt- oder Geldgesellschaft, die ganz gewiss auf ihre Weise und in mittlerweile bedrohlichen Ausmaßen exkludiert (Moriz 2008), wird damit kaum etwas entgegengesetzt. Bestenfalls gelingt es den Exkludierten, Mitglied einer Geldgemeinschaft zu werden, der zu entfliehen und in den Genuss monetärer Freiheit zu kommen, was freilich immer weniger Leuten möglich ist.

Immerhin, mag man sagen, auch wenn die Parallelgelder wirtschaftlich nur bedingt etwas bringen, sie bieten den Schwachen die Chance, ihr Leben ansatzweise selbst zu organisieren. Zudem, sind nicht der Tanz um das goldene Kalb und die Entfremdung der Menschen im Kapitalismus Anlass genug, die Ansprüche an Wachstum und Konsum zurückzunehmen und sich wichtigeren Dingen zu widmen? Sind wir, *anders* als Plessner (1981) meinte, nicht längst an die „Grenzen der Gesellschaft“ gestoßen? Liegt die eigentliche Bedeutung alternativer Gelder vielleicht gar nicht in ihrem ökonomischen Zweck, sondern in ihrer vergemeinschaftenden Funktion? Ein Mindestmaß an Zeitautonomie vorausgesetzt, steht es jedem frei, sich an Tauschringen zu beteiligen; und in der Tat scheint die Langlebigkeit und der relative Erfolg mancher Parallelgelder sich dem Idealismus, den nicht-ökonomischen Motiven ihrer Nutzer zu verdanken. So wäre es nicht unwahrscheinlich, dass die alleinstehende Lehrerin aus meinem obigen Beispiel sich gegen Lohnarbeit jenseits der Pensionsgrenze und für ein Engagement im eigenen Stadtteil entschied. Für viele dürfte die Suche nach Kontakt und Anerkennung, und nicht die ökonomische Not, gar der primäre Beweggrund für ihre Teilnahme an Tauschringen sein. In diesem Fall wäre das Freigeld nur Vorwand oder Anlass zum eigentlichen Zweck des bloßen Dabeiseins, der Wiederbelebung oder des Aufbaus

eines sozialen Netzwerks. Die Probleme beginnen jedoch, sobald wirtschaftliche Interessen, politische Ideale und soziale Bedürfnisse innerhalb einer Parallelgeldwelt aufeinanderprallen. Sofort stellen sich Fragen, wie die nach der Gerechtigkeit des Stundenstandards, nach einer für das Kollektiv gerade noch akzeptablen Bringschuld Einzelner, nach der Unterscheidung von bezahlter Arbeit und Freundschaftsdiensten oder der Berechtigung von Währungsmischkalkulationen – Fragen, um die nicht nur an Küchentischen von Wohngemeinschaften erbittert gerungen werden kann. Was im Falle monetär konstituierter Gruppen komplizierend und damit Kompromisse erschwerend hinzu kommt, ist, dass Solidaritätserwartungen und das Bedürfnis nach sozialer Nähe einem im Prinzip wirtschaftlichen Mechanismus sozusagen parasitär angeheftet werden. Krisen sind damit vorprogrammiert. An die Stelle der Kälte des Marktes rücken der Neid, die Missgunst und unter Umständen der sich bis zum Hass steigende persönliche Groll.

Neben den ökonomischen gibt es mithin soziale Schranken der Parallelwährungsräume. Freigelder im Sinne Gesells vergesellschaften nicht, sie sind Medien der Vergemeinschaftung. Als wirtschaftliche Selbsthilfeprojekte oder soziale Wärmestuben mögen sie taugen, als prinzipielle Alternative zum Markt und zur Gesellschaft wären sie repressiv und sozial desintegrativ. A-sozial also nicht im Sinn von unmöglich, sondern als den Problemen und Chancen moderner Gesellschaften nicht adäquat.

VI. Zentralbankkunst

Gesell und Hayek wissen um die mindestens wirtschaftliche Zentralität des Geldes, doch sie überschätzen seine Gestaltbarkeit. Das Geld oder die Geldverfassung unserer gleichermaßen kapitalistischen wie funktional differenzierten Gesellschaft ist nicht beliebig manipulierbar. Wer das Geld zu steuern versucht, setzt entweder die Effizienz des Wirtschaftssystems oder aber den sozialen Zusammenhalt auf Spiel; wohlgemerkt nicht als moralisches Zusammengehörigkeitsgefühl, sondern als systemische Möglichkeitsbedingung eines einigermaßen gewaltfreien Beisammenseins Fremder und ihrer wechselseitigen Koordination. Umgekehrt jedoch geben die diskutierten Geldreformvorschläge Anlass, sich über die prinzipielle Notwendigkeit von Geldpolitik und ihre wesentlichen Probleme klar zu werden. Aus der Unverfügbarkeit des Geldes folgt eben nicht, es schlicht mit „mehr Politik“ zu versuchen oder das Geld den „Gesetzen des Marktes“ zu überlassen. Gefragt ist vielmehr eine Geldpolitik, die einerseits der Allgemeinheit ein „Medium“ zu Verfügung stellt, welches den Einzelnen den Austausch und die wechselseitige Verschuldung erlaubt, das Geld andererseits jedoch nicht seiner der individuellen Autonomie oder privaten Vereinzelung der gesellschaftlichen Akteure geschuldeten Funktion beraubt, Reichtum überhaupt und damit Sicherheit anzuzeigen und erwerben zu können. Geldpolitik kann den Widerspruch oder wenigstens die Ambivalenz des Geldes, sowohl öffentliches Gut als auch privater Eigentumstitel zu sein, nicht aufheben; vielmehr gilt es, diese Spannung der wirtschaftlichen Dynamik und der „Logik“ des Individualismus wegen aufrechtzuerhalten, sie um des sozialen Friedens willen zugleich jedoch zu verschleiern oder zumindest zu lindern. Eben dies ist die Aufgabe der Zentralbanken, beziehungsweise es sind die Zentralbanken, welche diese Aufgabe heute erfüllen.

Nur vordergründig widerspricht diese Funktionsbestimmung der den Zentralbanken heute in der Regel gesetzlich auferlegten Aufgabe, den Wert der Währung stabil zu halten. Zum einen gibt es weitere, unter Umständen mit der Geldwertstabilisierung konkurrierende Zielvorgaben für Zentralbanken, wie zum Beispiel die einer beschäftigungsfördernden Wachstumspolitik der US-amerikanischen Fed (Federal Reserve Act, Sect. 2A), ähnlich wie die Sicherung des Preisniveaus „nur“ die vorrangige Aufgabe der EZB darstellt (EG-Vertrag, Art. 105). Damit bleibt offen, was die Sicherung der Geldwertstabilität genau bedeutet und wie dieses Ziel (relativ zu möglichen anderen) konkret erreicht werden soll. Zielkonflikte und Kompromisslinien sind mithin nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich. Zum anderen ist die soziologische Funktionsbestimmung einer wirtschaftspolitischen und quasi-konstitutionellen Institution nicht dasselbe wie ihre offizielle Aufgabenstellung, und zwar nicht nur, weil zwischen Anspruch und Wirklichkeit stets eine Lücke klafft, sondern vor allem, weil das jeweilige Bezugsproblem nicht dasselbe ist: Ökonomisch und/oder wirtschaftspolitisch mag es (vornehmlich) um die Stabilisierung des Geldwerts gehen, soziologisch gesehen ist die Stabilisierung des Geldwerts immer auch das Bemühen, den „Klassenkampf“ von Arbeit und Kapital oder besser den von Schuldern und Gläubigern zu schlichten, respektive hinter dem Kampf für ein vermeintlich neutrales, für alle gleichermaßen vorteilhaftes Geld zurückstehen zu lassen. Es ist weniger das Verdienst von Hayek und Gesell als vielmehr der Gewinn, sich dieser „überholten“ Theoretiker heute noch einmal anzunehmen, der eminent politischen, das heißt nicht nur wirtschafts- und damit auch sozial-, sondern gesellschaftspolitischen Bedeutung des Geldes inne zu werden.

Gesell war nicht der erste und einzige, aber doch ein früher und visionärer Theoretiker der Markt- als Geldwirtschaft. Zum einen erkannte er die verheerenden Folgen von, auf der Basis des Goldstandards freilich kaum vermeidbarer, Deflation und wusste Wirtschafts- damit als Geldkrisen zu dechiffrieren. Dass derartige Krisen überhaupt möglich sind, dass das Say'sche Gesetz nicht gilt, ja aufgrund der zeitlichen Trennung von Kauf und Verkauf einerseits, des dem Geld allein schon aus seiner Brückenfunktion zuwachsenden Eigenwerts andererseits gar nicht gelten kann, erfordert externe, (geld-)politische Eingriffe in den Markt. Eben weil Geld schon in einem rein technischen Sinne nicht neutral ist, bedarf es einer Autorität oder Instanz, welche die Geldmenge so steuert, als ob es neutral wäre. Damit geht Gesell implizit über die klassische Begründung Bagehots (1874) hinaus, dass Zentralbanken lediglich im Falle einer Kreditkrise als „lender of last resort“ einspringen müssten. Für Bagehot sind Zentralbanken eine Art Feuerwehr. Gesells Konzeption eines Währungsamtes, welches die Entwicklung der Geldmenge kontinuierlich überwachen und den realwirtschaftlichen Bedürfnissen anpassen sollte, nimmt hingegen die später gängige Praxis beziehungsweise die den praktischen Problemen des 20. Jahrhunderts geschuldete Politik der Zentralbanken vorweg (Goodhart 1988).

Zum anderen jedoch verkannte Gesell den Ursprung und die Funktion des Zinses, den er, anstatt ihn mit Simmel oder wie später Keynes als Ausdruck einer am Gelde als allgemeinem, „letzten“ Repräsentanten von Wert haftenden Liquiditätsprämie und als den Schuldnern von ihren Gläubigern aufgebürdeten Wachstumsimperativ zu begreifen (Heinsohn und Steiger 1996: 342-351, 360-368), als natürlich-dinglichen, funktional irrelevanten Mehrwert der Ware Geld missverstand. Zwar war ihm bewusst, dass Kredite den Handel finanzieren, dass Geld frei macht und gesellschaftliche Teilhabe garan-

tiert. Von der die Produktivität entfesselnden Kraft des Zinses ahnte er indes nichts, vor dem Umstand, dass die Attraktivität des Geldes, seine befreiende und inkludierende Wirkung dessen prinzipieller Knappheit entspringt, verschloss er die Augen. Es kann daher nicht wirklich erstaunen, zumal Gesell zur Zeit der Entstehung seiner Geldtheorie die entsprechenden wirtschaftlichen und sozialen Erfahrungen (Ostwald 1931) fehlten, wenn die inflationäre Entwertung (zumindest) des (Bar-)Geldes ihm nicht nur unproblematisch, sondern ganz im Gegenteil als Lösung wirtschaftlicher Probleme erschien.

Wie die historische Erfahrung zeigt, sind Inflationen und Deflationen auf je besondere Weise im Ergebnis jedoch gleichermaßen dysfunktional, wenn nicht katastrophal. Mehr noch, vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur aktuellen Weltwirtschaftskrise war es, trotz Japans deflationärer Depression der 1990er Jahre, wenigstens in Deutschland so gut wie ausschließlich das Schreckgespenst der Inflation, welches die Theorie und Praxis der Geldpolitik bestimmte (Goodman 1991: 336-340). Die an sich durchaus wünschenswerte Geldwertstabilität schien, so der *common sense*, nur durch eine ihrerseits im Wesentlichen durch fiskalpolitische Disziplinlosigkeiten bedingte Abwertung, nicht aber durch eine Aufwertung oder Verknappung des Geldes bedroht werden zu können.³ Gewiss jedenfalls ist, dass es der Zentralbanken als selbst nicht nach kommerziellen Gesichtspunkten wirtschaftender, das Marktgeschehen vielmehr beobachtender, inflationäre wie deflationäre Tendenzen aktiv neutralisierender Institutionen bedarf. Zentralbanken, so sehr ihre historischen Vorläufer wie insbesondere die Bank of England zunächst den Finanzierungsinteressen von Regierungen zu dienen hatten (Dickson 1967), sind, ob politisch „unabhängig“ oder nicht, keine Instrumente politischer Willkür, sondern ein funktionales Erfordernis entwickelter Geldwirtschaften. Gesell wusste darum; ironischerweise haben seine von der historischen Wirklichkeit allzu schnell eingeholten inflationären Phantasien diese Notwendigkeit *ex negativo* bestätigt.

Doch dies ist nur die technische oder im engeren Sinne wirtschaftliche Dimension des Problems. Politisch-ökonomisch oder soziologisch gesehen haben Zentralbanken einen über die Steuerung der Geldmenge, das Einhalten von Inflationszielen oder die Bekämpfung von Krisen hinausgehenden Auftrag. Sie müssen das Geld nicht nur neutralisieren, sondern legitimieren. Damit ist zum einen gemeint, wie schon erwähnt, weitere zur Wahrung der Preisniveaustabilität in Konkurrenz oder gar Widerspruch stehende geldpolitische Ziele, wie die direkte Versorgung der Banken und indirekt auch der Betriebe und Haushalte mit hinreichend billigem, unterhalb der erwarteten Profitrate verzinstem Kredit, mit jener ökonomischen Hauptaufgabe zu vermitteln, also eine für die verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen akzeptable geldpolitische Mittellinie zu finden. Eine Mittellinie, die Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-, Gläubiger- und Schuldnerinteressen bedient. Gerade wenn Zentralbanken, wie mittlerweile die meisten von ihnen, politisch, das heißt von Weisungen der staatlichen (insbesondere der Regierungs-)Instanzen unabhängig sind und sich dementsprechend nicht vor ge-

3 Bemerkenswerterweise jedoch ist in den Monaten seit Verschärfung der US-Finanz- zur Weltwirtschaftskrise im Herbst 2008 von Inflationsgefahren kaum die Rede – trotz staatlicher Milliardenprogramme. Global belaufen sich die zugesagten Hilfen schon jetzt (Januar 2009) auf über eine Billion Dollar. Es scheint, ohne dass ich wüsste, wie es anders zu machen wäre, als würde wieder einmal der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben.

wählten oder repräsentativen Verfassungsorganen für ihr Tun oder Lassen rechtfertigen müssen (Toniolo 1988), gehört es zu ihrem Geschäft, die von ihnen faktisch betriebene Geldpolitik als, wenn nicht unmittelbar der Wohlfahrt aller, so doch langfristig dem allgemeinen Interesse dienlich zu verkaufen. Gerade wenn die Garantie des Geldwerts absolut gesetzt wird, ist es wichtig, auch die von einer Politik des knappen Geldes objektiv oder vorderhand Benachteiligten davon zu überzeugen, dass eine solche letztlich gleichwohl für alle von Vorteil ist (Weinert 2002).

Worauf es mithin ankommt, ist das kommunikative Geschick der Zentralbanken. Diese müssen einerseits den Eindruck erwecken, geldpolitische Entscheidungen nach Maßgabe einer gewissermaßen höheren Vernunft zu treffen und sich andererseits, seit man sich zumindest vordergründig gewissen Regeln der Transparenz verschrieben hat (Heine und Herr 2008: 53-57), an selbst gesteckten operativen Zielen messen lassen (Issing 2002). Im Normalfall braucht die politisch interessierte Öffentlichkeit nur der tiefen Expertise und persönlichen Integrität der Zentralbankpräsidenten und -räte versichert zu werden. Die Kommunikation „mit den Märkten“ hingegen verlangt ein gewieftes, angesichts der technisch gesehen relativen Machtlosigkeit der Zentralbanken (Binder 1998: 70-72) freilich erstaunlich oft glückendes Spiel mit den Erwartungen der im Aggregat ökonomisch weitaus potenteren Marktteilnehmer (Brière 2006). Dieses kuriose Vermögen der Zentralbanken, der relative Erfolg ihrer von Guthrie und Wright (2000) so genannten „open mouth operations“, ist jedoch nichts anderes als Ausdruck der schon oben in Auseinandersetzung mit Hayek konstatierten Bedürftigkeit der Marktteilnehmer nach Ankerpunkten ihrer in pragmatischer Hinsicht „spekulativen“ Phantasie, oder allgemeiner gesprochen, nach einer Referenz für das, was „eigentlich zählt“.

Neben der Vermittlung geldpolitischer Ziele (ihrem Abgleich untereinander sowie ihrer Darstellung nach außen), geht es bei der Legitimierung des Geldes zum anderen nämlich um die „Naturalisierung“ desselben, wohlgemerkt nicht im Sinne einer Rematerialisierung des Geldstoffes, einer Rückkehr zum Goldstandard oder anderer Formen des Warengeldes, sondern im Sinne einer „Selbstverständlichung“ eines Mediums, eben des Zentralbankgeldes, als Repräsentant von Reichtum an sich. Es geht, soziologisch gesprochen, um die Wahrung des Geldes als *Institution*, darum, seiner durch das private Bankgeschäft, die Emission von Parageldern und Parallelwährungen, die internationale Währungskonkurrenz, die Spekulation oder Finanzkrisen drohenden Konventionalisierung, seiner Herabstufung auf das Niveau einer bloßen *Konvention*, einen Riegel vorzuschieben.

Was eine Institution von einer Konvention unterscheidet, ist ihre Intransparenz, ihr vermeintlich natürlicher, fragloser, scheinbar unkündbarer Status (Douglas 1987).⁴ Zwar können auch Institutionen sterben, kann der Glaube an sie verloren gehen, kann das vorbewusste Vertrauen in sie aufgekündigt werden, können sie an indifferenten oder neuartigen Praxen der sozialen Akteure scheitern. Doch was sie im Unterschied zu vorsätzlich änderbaren Konventionen, Verabredungen oder Verträgen stabilisiert, beziehungsweise der unmittelbaren Verfügung entzieht, ist ihre nicht allein funktionale, sondern gewissermaßen existenzielle und als solche von den Akteuren eben nicht in Frage

⁴ Zum Komplex von Institutionen und Konventionen siehe auch die Beiträge von Diaz-Bohne sowie Hasse und Krücken in diesem Band.

gestellte Notwendigkeit. Institutionen sind gewissermaßen Konventionen im Latenzzustand. Insofern ist es zwar, wie eingangs festgestellt, theoretisch naiv, praktisch jedoch höchst folgenreich, dass Geld uns derart selbstverständlich erscheint, dass, seinen Sinn zu bezweifeln oder nur zu thematisieren, es gar reformieren zu wollen, etwas Versprochenes hat.

Und doch bedarf es nicht erst der Bemühungen eines Gesell oder Hayek, ihrer Kritik an der bestehenden Geldverfassung, um diese auf die Probe zu stellen, respektive das Geld als Institution zu erschüttern. Denn wir leben bereits in einer von Hayek und anderen Marktradikalen erträumten Welt des „free banking“, insofern das staatliche, heute von Zentralbanken emittierte Geld nur einen Bruchteil der im privaten Geschäftsverkehr von den Marktteilnehmern selbst ersonnenen und akzeptierten beziehungsweise kreditär generierten Geldsubstitute ausmacht (Huber 1998: 174-240; Blanc 1998a). Nicht nur Sichtguthaben bei privaten Geldinstituten, sondern auch Bonusmeilen, *Payback*-Punkte, E-Gelder, Devisenkonten oder (seien es nun zinsfreie oder negativ verzinst) Komplementärwährungen fungieren längst, und das in stetig wachsendem Umfang, als Zentralbank- respektive Bargeldersatz. Um Geldsubstitute handelt es sich deshalb, weil die Kredite, Buch- und sonstigen Privat- oder Parallelgelder in aller Regel auf das Zentralbankgeld als Wertstandard und damit dasjenige Etwas bezogen sind, mit dem Verbindlichkeiten in letzter Instanz allein getilgt werden können.

In Kredit- oder Geldkrisen wie der gegenwärtigen kommt es zum „Run“ auf eben dieses Zentralbankgeld. Jeder versucht, sein lediglich in „Geld“ zweitem, dritten oder x-ten Grades ausgedrücktes Kaufkraftversprechen in Vollgeld zu konvertieren, dessen Wert oder effektive Kaufkraft in dem Maße steigt, in welchem sich Geldsubstitute als fatale Investments erweisen. In Marx' (1982: 152) polemischen, gleichwohl treffenden Worten: „Eben noch erklärte der Bürger in prosperitätstrunkenem Aufklärungsdünkel das Geld für leeren Wahn. Nur die Ware ist Geld. Nur das Geld ist Ware! gell't jetzt über den Weltmarkt. Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so schreit seine Seele nach Geld, dem einzigen Reichtum.“ Der Ausdruck „lender of last resort“ erhält in diesem Zusammenhang eine weitere Bedeutung: Nicht nur springt die Zentralbank notfalls als Gläubiger ein, um einen kompletten Zusammenbruch des Finanzmarkts abzuwenden, sondern das Zentralbankgeld ist oder erscheint als dasjenige, welches Reichtum oder Kaufkraft nicht nur repräsentiert, sondern verkörpert. Das Geld in seiner zweiten Bedeutung zu legitimieren, heißt, diesen Anschein zu wahren, altertümelnd gesprochen, die Währung, eigentlich: das Währen der Währung, zu hüten.

Nun ist bekannt, dass Zentralbanken weniger noch, als sie dem monetaristischen Credo zum Trotz in der Lage sind, tatsächlich die Geldmenge zu steuern, den Marktakteuren ihr Geld als „eigentliches Geld“, als Inkarnation und deswegen Standard von Wert aufzwingen können. Insofern überschätzt der klassische Chartalismus die politische Hoheit des Staates und seiner Organe. Anders als uns der auf Dollarscheine gedruckte Text, „this note is legal tender for all debts public and private“, glauben machen will, sind frei wirtschaftende Individuen keineswegs gezwungen, ihre Transaktionen und die aus diesen erwachsenden Guthaben und Schulden in Form von Dollars abzurechnen. Daraus, was Hayek und den Seinen entgeht – folgt indes nicht, dass die Marktsubjekte eines als Zeichen und Standard von Wert selbst „unendlich“ kostbaren Zeichens entbehren könnten – sie können es nicht. Denn so sehr es marktwirtschaftlich wünschenswert ist, dass ein wertstabiles Geld den intertemporalen Preisvergleich

ermöglicht, so sehr ist es marktgesellschaftlich notwendig, die mit dem (an sich unwahrscheinlichen) Tausch von Ware gegen Ware einhergehende Gefahr, wie Hans im Glück am Ende auf nutzlosem Plunder sitzen zu bleiben,⁵ durch die Bestimmung eines im Prinzip beliebigen, jedoch selbst als körperlosen noch Wert verkörpernden Geldes zu bannen. Eben deshalb jedoch haben heute gerade die mehr oder weniger unabhängigen Zentralbanken die Chance, wenn auch nicht die Autorität, den Akteuren ihr, weil den alltäglichen politischen Querelen entrücktes, vermeintlich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch neutrales Geld mit Erfolg anzudienen. Und eben deshalb ist die Kommunikation der Zentralbanken nicht allein mit den Märkten, sondern in Krisenzeiten insbesondere auch ihre öffentliche Inszenierung von Autorität, ihre Zusicherung, etwas zu leisten, was sie allein gar nicht zu leisten vermögen, nämlich die Geltung und nicht bloß den Wert des Geldes zu garantieren, die eigentliche, nicht mit Gesell politisch rationalisierbare oder mit Hayek der Marktmechanik zu überlassende Aufgabe der Zentralbanken. Gerade die Unverfügbarkeit des Geldes zwingt, um den Preis, dass es den Markt überhaupt gibt, die Zentralbanken oder eine andere Instanz auf den Plan, welche funktional äquivalent die Konventionalisierung des Geldes zu verhindern vermag.

Literatur

- Aglietta, Michel, und André Orléan. 1982. *La violence de la monnaie*. Paris: PUF.
- Aglietta, Michel, und André Orléan. 2002. *La monnaie entre violence et confiance*. Paris: Odile Jacob.
- Bagehot, Walter. 1874. *Lombardstreet. Der Weltmarkt des Geldes in den Londoner Bankhäusern*. Leipzig: Hartung.
- Binder, Alan S. 1998. *Central banking in theory and practice*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Blanc, Jérôme. 1998a. Les monnaies parallèles: évaluation du phénomène et enjeux théoriques. *Revue d'Economie Financière* 49: 81-112.
- Blanc, Jérôme. 1998b. Free money for social progress: theory and practice of Gesell's accelerated money. *American Journal of Economics and Sociology* 57 (8): 469-483.
- Braudel, Fernand. 1986. *Die Dynamik des Kapitalismus*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Brière, Marie. 2006. Représentations conventionnelles sur les marchés de taux. In *L'économie des conventions: méthodes et résultat*, Bd. 2: *Développements*, ed. François Eymard-Duvernay, 117-192. Paris: Decouverte.
- Camic, Charles. 1987. The making of a method: a historical reinterpretation of the early Parsons. *American Sociological Review* 52 (4): 421-439.
- Deutschmann, Christoph. 1999. *Die Verheißung des absoluten Reichtums. Zur religiösen Natur des Kapitalismus*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Deutschmann, Christoph. 2008. [Aufsatz über Geld und Exklusion in der Systemtheorie].
- Diaz-Bohne, Rainer. 2009. Die Ökonomie der Konventionen. In *Wirtschaftssoziologie*, Sonderheft 49 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Hrsg. Jens Beckert, Christoph Deutschmann, 176-193. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dickson, Peter G. M. 1967. *The financial revolution in England. A study in the development of public credit 1688-1756*. London: Macmillan.
- Dornbusch, Rudiger, und Jeffrey Frankel. 1988. The flexible exchange rate system: experience and alternatives. In *International finance and trade in a polycentric world*, ed. Silvio Borner, 151-197. Basingstoke: Macmillan.

5 Ich lasse hier offen, warum, auf Grund welcher dem Markttausch fremden Logik, Hans dennoch glücklich bleibt oder es gar allererst wird.

- Douglas, Mary. 1987. *How institutions think*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Dumont, Louis. 1991. *Individualismus. Zur Ideologie der Moderne*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Eichengreen, Barry. 2000. *Vom Goldstandard zum Euro. Die Geschichte des internationalen Währungssystems*. Berlin: Wagenbach.
- Fisher, Irving. 1933. The debt-deflation theory of great depressions. *Econometrica* 1: 337-357.
- Ganßmann, Heiner. 2009. Wirtschaftssoziologie und ökonomische Theorie. In *Wirtschaftssoziologie*, Sonderheft 49 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Hrsg. Jens Beckert, Christoph Deutschmann, 158-175. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gatch, Loren. 2006. *Local scrip in the USA during the 1930s: lessons for today?* Edmonton, Okl.: MS.
- Gerding, Rainer, und Joachim Starbatty. 1980. *Zur Entnationalisierung des Geldes*. Tübingen: Mohr.
- Gesell, Silvio. 1999. *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld* (1920). Nachdruck der 4. Aufl. Lütjensburg: Gauke.
- Goodhart, Charles. 1988. *The evolution of central banks*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Goodman, John B. 1991. The politics of central bank independence. *Comparative Politics* 23 (3): 329-349.
- Guthrie, Greame A., und Julian Wright. 2000. Open mouth operations. *Journal of Monetary Economics* 46 (2): 489-516.
- Haesler, Aldo J. 1983. *Tausch und gesellschaftliche Entwicklung. Zur Prüfung eines liberalen Topos*. Dissertation St. Gallen.
- Hahn, Frank H. 1982. *Money and inflation*. Oxford: Blackwell.
- Hasse, Raimund, und Georg Krücken. 2009. Wirtschaftssoziologie und Theorie der Institutionen. In *Wirtschaftssoziologie*, Sonderheft 49 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Hrsg. Jens Beckert, Christoph Deutschmann, 194-207. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hayek, Friedrich A. v. 1977. *Entnationalisierung des Geldes*. Tübingen: Mohr.
- Heihnsohn, Gunnar, und Otto Steiger. 1996. *Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaften*. Reinbeck: Rowohlt.
- Heil, Johannes, Hrsg. 1997. *Shylock? Zinsverbot und Geldverleih in jüdischer und christlicher Tradition*. München: Fink.
- Heine, Michael, und Hansjörg Herr. 2008. *Die Europäische Zentralbank. Eine kritische Einführung in die Strategie und Politik der EZB und die Probleme in der EWU*. 3. Aufl. Marburg: Metropolis.
- Helleiner, Eric. 1994. *States and the reemergence of global finance: From Bretton Woods to the 1990s*. Ithaca: Cornell UP.
- Hirschman, Albert O. 1989. *Entwicklung, Markt und Moral. Abweichende Betrachtungen*. München: Hanser.
- Hörisch, Joachim. 2004. *Gott, Geld, Medien. Studien zu den Medien, die die Welt im Innersten zusammenhalten*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Huber, Joseph. 1998. *Vollgeld. Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Huffschnid, Jörg. 2002. *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*. Hamburg: VSA.
- Hutter, Michael. 1994. Communcation in economic evolution. The case of money. In *Evolutionary concepts in contemporary economics*, ed. Richard W. England, 111-136. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Ingham, Geoffrey. 2004. *The nature of money*. Cambridge: Polity.
- Innes, A. Mitchell. 2004. What is money? (1913). In *Credit and date theories of money: The contributions of A. Mitchell Innes*, ed. L. Randall Wray, 14-50. Cheltenham: Elgar.
- Issing, Otmar. 2002. *Should we have faith in central banks?* London: Institute of Economic Affairs.
- Jevons, William S. 1875. *Money and the mechanisms of exchange*. London: Macmillan.
- Kennedy, Margrit, und Bernard A. Lietaer. 2004. *Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*. München: Rieman.
- Keynes, John M. 1973. *The general theory of employment, interest and money* (1936). London: Macmillan.
- Keynes, John M. 1973a. The general theory of employment (1937). In *Collected writings*. Bd. 14: *The general theory and after*. Part II: *Defence and development*, ed. Ronald E. Moggridge, 109-123. London: Macmillan.

- Kindleberger, Charles P. 1996. *Manias, panics, and crashes. A history of financial crises*. 3. Aufl. New York: Wiley.
- Knapp, Georg F. 1905. *Staatliche Theorie des Geldes*. München: Duncker & Humblot.
- Kurz, Robert. 1991. *Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie*. Frankfurt a. M.: Eichborn.
- Lavinton, Frederic. 1913. The social interest in speculation on the stock exchange. *The Economic Journal* 23: 36-52.
- Lietaer, Bernard A. 1999. *Das Geld der Zukunft. Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen*. Berlin: Rieman.
- Marx, Karl. 1971. Nationalökonomie und Philosophie (1844). In *Die Frühschriften*, Hrsg. Siegfried Landshut, 225-316. Stuttgart: Kröner.
- Marx, Karl. 1982. *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie* (1867), Bd. 1. Berlin: Dietz.
- Menger, Carl. 1892. On the origin of money. *The Economic Journal* 2: 239-255.
- Moini, Mustafa. 2001. Toward a general theory of credit and money. *Review of Austrian Economics* 14 (4): 267-317.
- Moriz, Cornelius. 2008. *Sozial ist, was Arbeit schafft! Zur Kritik eines sozialpolitischen Dogmas*. Freiburg: MS.
- Onken, Werner. 1999. *Silvio Gesell und die natürliche Wirtschaftsordnung. Eine Einführung in Leben und Werk*. Lütjenburg: Gauke.
- Ostwald, Hans. 1931. *Sittengeschichte der Inflation. Ein Kulturdokument aus den Jahren des Marktsturzes*. Berlin: Neufeld & Henius.
- Paul, Axel T. 2002. Money makes the world go round. Über die Dynamik des Geldes und die Grenzen der Systemtheorie. *Berliner Journal für Soziologie* 12: 243-262.
- Paul, Axel T. 2003a. Blüenträume: Über einige Schwierigkeiten beim Versuch, die Zukunft des Geldes zu gestalten. In *Viele Gelder*, Hrsg. Dirk Baecker, 149-180. Berlin: Kadmos.
- Paul, Axel T. 2003b. Das Geheimnis der Münze. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik* 7 (3): 379-383.
- Paul, Axel T. 2004. *Die Gesellschaft des Geldes. Entwurf einer monetären Theorie der Moderne*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Peacock, Mark S. 2003. Die volkswirtschaftliche Analyse einer neuen Geldform: Der Fall lokaler Tauschringe. In *Viele Gelder*, Hrsg. Dirk Baecker, 93-119. Berlin: Kadmos.
- Plessner, Helmuth. 1981: Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus (1924). In *Macht und menschliche Natur*, Hrsg. Günter Dux u. a., 7-133. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Priddat, Birger P. 2003. Rätsel Geld: Anderes Geld. In *Viele Gelder*, Hrsg. Dirk Baecker, 120-148. Berlin: Kadmos.
- Prüßmann, Olaf. 2000. *Geldverfassung und Währungswettbewerb. Eine verfassungsökonomische Analyse*. Freiburg: Haufe.
- Rösl, Gerhard. 2006. Regionalwährungen in Deutschland – Lokale Konkurrenz für den Euro? Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Reihe 1. *Volkswirtschaftliche Studien* 43.
- Schumpeter, Joseph. 1934. *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*. 8. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot.
- Selgin, George A., and White, Lawrence H. 1994. How would the invisible hand handle money? *Journal of Economic Literature* 32 (4): 1718-1749.
- Seyfang, Gill. 2000. The Euro, the Pound and the shell in our pockets: rationales for complementary currencies in a global economy. *New Political Economy* 5 (2): 227-246.
- Simmel, Georg. 1989. *Philosophie des Geldes* (1900). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Suhr, Dieter. 1983. Gerechtes Geld. *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 69: 322-339.
- Toniolo, Gianni, Hrsg. 1988. *Central banks' independence in historical perspective*. Berlin: de Gruyter.
- Wallerstein, Immanuel. 1995. *Die Sozialwissenschaft „kapustdenken“. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts*. Weinheim: Beltz Athenäum.
- Weber, Max. 1988. Die Börse (1894). In *Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik*, Hrsg. Marianne Weber, 256-322. 2. Aufl. Tübingen: Mohr.

- Weinert, Rainer. 2002. Geld und Politik: Autonomisierung und Funktionswandel von Zentralbanken. In *Die gesellschaftliche Macht des Geldes*, Leviathan Sonderheft 21, Hrsg. Christoph Deutschmann, 327-350. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Wray, L. Randall. 1999. An irreverent overview of the history of money from the beginning of the beginning through to the present. *Journal of Post Keynesian Economics* 21, 679-687.

Korrespondenzanschrift: PD Dr. Axel Paul, Institut für Soziologie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, 79085 Freiburg/Br.
E-Mail: axel.paul@soziologie.uni-freiburg.de